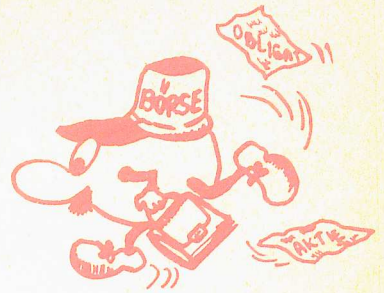


DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Nr. 9, WS 8J
Mitte Dezember
Weihnachtssondersuper
spezialausgabe

Was sich vor Weihnachten
noch abspielt.....

Montag : dieser Börsenkrach wird verteilt

Dienstag: 14 UHR, Enquete zur Sowi-Reform, siehe innen
13 Uhr, HS 28 Treffpunkt,
20 Uhr, Votiv, Hinterzimmer, RBK-und-so-Treffen,
Diskussion über Marxismus und Ökonomie
(MIT REFERAT)

Mittwoch: 8 Uhr, HS 28, Bericht von der Enquete, gemeinsam mit
Professor Bruckmann

16 Uhr, HS 28, Film-"Wagnis und Gewinn"-zum Technologie-
transfer in die 3. Welt, Referent: Raffer und wir alle

Donnerstag: frei von Veranstaltungen, außer Leerveranstaltungen...

Freitag: wie schon der Name sagt, siehe Donnerstag...

Was sich zu Weihnachten
noch abspielt....

Da kommt, wie aus gutinformierten Kreisen verlautete,
das Kristkind.

Aufgepaßt! Wie immer, laßt Euch nicht kaufen, leistet Widerstand!

Nachdem inzwischen -- offenbar auch ihm -- klar geworden ist, daß man in der Konfrontation mit Loitl unheimlich leicht zu einem Linken werden kann, weil seine Argumente an Schwachsinnigkeit schier unübertrefflich sind, bietet sich Loitl (wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen verlautete) hilfreich zur Gründung einer rechten, institutseigenen Studentengruppe an! Offenbar wird der Alte wirklich alt!

Seine Sendung lautete offenbar:
GEHE HIN UND MACHE DIR DIE STUDENTEN UNTERTAN!!!!!!!!!!!!!!
(frei nach der Bibel)

.....
WAS LANGE GÄRT, WIRD ENDLICH WUT

(frei nach KSV)

Interessante Diskussionen mit Loitlsberger konnten sich die Studenten auch vor einigen Jahren nicht erwarten - trotzdem gingen viele ganz gerne in seine LV-s, weil er so ausgesucht skurrile Argumente zur Verteidigung der "freien" Marktwirtschaft brachte. Loitl gab sich damals als schrulliges Überbleibsel der Professorenschaft des vorigen Jahrhunderts; er erklärte sich zu einem brillanten Rhetoriker sowie zum Retter des Abendlandes. Niemand nahm ihn ernst, doch nach jeder Vorstellung verließ loitl mit stolzgeschwelter Brust den Hörsaal, und war beseelt von der Gewißheit, wieder einmal Recht behalten zu haben.

Solange die linken Studenten an der Fakultät sich darauf beschränkten, ihm in seinen LV-s willkommene Gelegenheit zu sprachgewaltiger Selbstdarstellung zu geben, freute sich Loitl über ihre Anwesenheit - doch in den letzten Semestern mußte er zunehmend auch in jenen Bereichen Konfrontationen mit linken Studentenvertretern eingehen, wo er sie ganz gewiß nicht haben wollte.

Als Loitl vor einigen Semestern dazu übergang, Aufnahmebeschränkungen für seine Seminare einzuführen, wehrten sich die Studenten konsequent gegen diese blödsinnigen Spielereien. Und Loitl, der fröhlich und gelassen stundenlang mit uns über die Vorzüge des Kapitalismus plaudern konnte, mochte seine aufmüpfigen Studenten plötzlich nicht mehr - aufgebracht und beleidigt verließ er immer öfter den Hörsaal.

auch die Diskussionen über die Ausbildung von Lehrern in LL, was sonst bei uns völlig unüblich ist, machten Loitl schwer zu schaffen. Der Umgang mit ihm wurde immer schwieriger, und es kursierten die verschiedensten Theorien darüber, wie man ihn wohl am besten behandle.

Seit vor 3,5 Jahren die Linke Liste die Mehrheit an unserer Fakultät erhielt, war Loitl auch in den Gremien mit Studenten konfrontiert, die besseres zu tun hatten, als ihm in den Arsch zu kriechen. Er, der studentische Mitbestimmung wohl seit jeher für einen schlechten Scherz gehalten hatte, sah seinen Einfluß- und Machtbereich gefährdet. So wurde er zunehmend ungeduldig, und verlor seine glückliche Grundstimmung.

Seit letztem Donnerstag jedoch sind wir ernstlich um seine Gesundheit besorgt.

An jenem Morgen hatten sich eine Menge Studenten in seiner VO eingefunden, um mit ihm über seine Vorstellung zur SOWI-Reform zu diskutieren. Als waschechter Professor alter Schule hatte Loitl nämlich stets die Ansicht vertreten besser zu wissen als die Studenten, was gut für sie sei - und dies nicht mit ihnen besprechen zu müssen.

Wie gewöhnlich reagierte Loitl zunächst beleidigt; er grollte und schimpfte und versuchte die Hörer in Linke und Rechte, Vernünftige und Unvernünftige, BEWIs und SOWIs etc zu spalten.

Irgendwie einigte man sich nach einigem Herumstreiten doch, über Sinn und Unsinn der Reform zu diskutieren. Loitl hieß die anwesenden Berufstätigen aus ihrer Praxis berichten.

Als es dann zu einer lautstarken Streiterei zwischen einem Berufstätigen - der Assistent an der Chemie ist, und meint die SOWIs lernen zu wenig - und einer Studentin kam, war dies dem genervten Loitl entschieden zu viel: mit hochrotem Kopf brüllte er "Frau Eisikovic, verlassen sie meine Vorlesung!...das ist meine Vorlesung...". Er variierte diese seltsame Aufforderung, drohte mit Konsequenzen, und als dies alles nichts nützte, und Frau Eisikovic keinerlei Anstalten machte, "seine" VO zu verlassen, ging er selbst.

Es ist zwar unendlich schade, daß die "Diskussion" mit ihm über die SOWI-Reform nicht zustande gekommen ist, aber Loitl hatte nach seinem versuchten Rausschmiß keine andere Möglichkeit. Abgesehen davon, daß es absolut untragbar ist, daß ein Prof einer Studentin die ihm nicht paßt die Türe weist, ist es höchst verständlich, daß er das tun wollte, weil sie mit einem anderen Hörer gestritten hatte. Wir wissen zwar nicht genau, warum er es versuchte, stellen daher mehrere Erklärungen zur Auswahl: 1) Loitl hat einen Vorwand gebraucht, um gehen zu können; 2) Loitl will der einzige bleiben, der schreien darf; 3) Loitl mag Linke bzw. Frauen nicht; Hoffentlich hat er sich schon ein bißchen erholt.

Der Zionismus und die Expansion (vor der Gründung Israels)

Bei der Beschreibung der historischen und politischen Faktoren, die dazu geführt haben, daß die öffentliche Meinung in den westlichen Staaten unfähig ist, das Palästina-Problem zu verstehen, wurde hervorgehoben, daß der wesentliche Faktor hierbei die Tatsache war, daß der Zionismus in den vergangenen 80 Jahren in der Lage und imstande war, sich mit den wichtigsten Machtzentren der westlichen Welt zu verbünden und auf deren Medien einen verzerrenden Einfluß zu gewinnen. Dies traf mit so allgemeinen Faktoren zusammen wie der Voreingenommenheit des Westens gegenüber unterentwickelten, nicht westlich-orientierten Ländern und andererseits Respekt vor der Technologie und den modernen Errungenschaften der Israelis, dem Unwissen über arabische und israelische Realitäten, der ethnozentrischen jüdisch-christlichen Tradition, die jüdischem Gedankengut besondere Wertschätzung zukommen läßt, sowie der Unfähigkeit der arabischen Welt, sich mit dem Westen zu verständigen, das Wesen der öffentlichen Meinungsbildung im Westen zu verstehen, und mit Restriktionen, die westlichen Journalisten auferlegt wurden.

Unverhüllt und mit großer Selbstverständlichkeit arbeitete der Zionismus an der Verwirklichung seiner Expansionsziele, indem er auf angebliche biblische Rechte anspielte und auf die Existenzfähigkeit des jüdischen Staates hinwies. Als Großbritannien Ende 1918 Transjordanien von Palästina abtrennte, protestierten die Zeitungen "Zionist Review" und "Palästina" im Namen des Zionismus gegen diese "völkerrechtswidrige" Maßnahme. Die letztgenannte Zeitung schrieb bereits am 28.6.1916 "Mit Transjordanien kommt dem jüdischen Palästina sowohl wirtschaftlich, wie auch strategisch und politisch eine grundlegende Bedeutung zu. Sicherheit für Palästina kann es nur geben, wenn Transjordanien ein Bestandteil von ihm bleibt, denn dieses ist der ökonomische Schlüssel für Palästina". (15)

Die Zionisten forderten auf der Friedenskonferenz in Paris in einem ^{Memorandum} die östlich des Jordans gelegenen Territorien mit folgender Begründung: "Die östlich des Jordans gelegenen fruchtbaren Ebenen waren bereits in biblischer Zeit ökonomisch und politisch an die Gebiete westlich des Flusses gebunden. Dieses Land ist gegenwärtig nur gering besiedelt und bietet sich in erstaunlicher Weise geradezu dazu an, ein Kolonisationsgebiet weiten Ausmaßes zu werden". (16)

Der "Verband der neuen Zionisten", zu dessen einflußreichsten Mitgliedern Jabotinsky zählte, definierte das Baseler Programm so:

"Ziel des Zionismus ist die Umwandlung Palästinas und Transjordanien in ein jüdisches Commonwealth". (18)

Dafür setzte sich Jabotinsky auch in der folgenden Zeit ein. Auf dem 17. zionistischen Kongreß machte er den Vorschlag: "Wie die Begriffe 'nationale Heimstätte', 'jüdischer Staat' oder 'eine durch das Gesetz garantierte Heimat' zum Ausdruck bringen, ist die Schaffung einer jüdischen Mehrheit an beiden Jordanufern das Ziel der Zionisten". (19)

Die von ihm verfaßte Hymne der zionistischen militärischen Jugendorganisation weist nachdrücklich auf die Expansionsziele hin; es heißt darin: "Ein Lebensraum an beiden Ufern des Jordans; der Jordan hat zwei Ufer, das eine gehört uns, das andere ebenfalls". (20)

Die Zeitung "The Jewish Standard" unterstützt die Neue Zionistische Organisation mit Appellen zum Beitritt und der Verwirklichung ihres Programms zur Errichtung eines jüdischen Staates an beiden Ufern des Jordans. (21)

Als der britische Außenminister am 17.1.1946 vor den Vereinten Nationen den Wortlaut des Schreibens seiner Regierung über die Errichtung eines selbständigen Staates in Transjordanien verlas, löste dies bei den Zionisten einen Sturm der Empörung aus. Sie erklärten, daß das jüdische Volk der alleinige Herr über das geschichtliche Palästina sei und bezeichneten die Errichtung eines unabhängigen Staates in Transjordanien als völkerrechtswidrig.

Einige zionistische Organisationen, der "Neue Bund", die Mizrahi-Partei und die allgemeinen Zionisten, sanktionierten deshalb folgenden Beschluß:

"Die jüdische Nation wird in die Abtrennung Transjordanien von Palästina, mit dem es historische, geographische und ökonomische Bande verbinden, nie einwilligen. Keine Erklärung kann die Überzeugung eines jeden jüdischen Menschen ändern, daß das östlich des Jordans gelegene Land einen untrennbaren Bestandteil des Mutterlandes und des künftigen Staates bildet". (22)

Im Verlauf der Debatten in den Vereinten Nationen über die Palästina-Frage, als sich der Gedanke herausbildete, Palästina zu teilen, betonte die Irgun-Gruppe in einem 1947 eingereichten Memorandum an die Vereinten Nationen das Recht der Zionisten auf Transjordanien und verwarf die Teilung: "Das Land Israel kann und darf nicht geteilt werden, vielmehr muß seine Einheit wiederhergestellt werden. Transjordanien stellt einen untrennbaren Bestandteil unseres Vaterlandes dar. Wir erklären, daß jede, seiens Einzelner oder Institutionen, unterzeichnete Vereinbarung über irgendeinen Teilungsplan für unser Volk nicht bindend ist. Ihre Unterzeichnung ist null und nichtig, von Anfang an. Jeder über die Teilung unterzeichnete Vertrag entbehrt jeder Gesetzlichkeit. Für unser Volk ergibt sich daraus das Recht und die Pflicht, auf seine Annullierung hinzuarbeiten!" (23)

Nach der Gründung Transjordanien befolgten die zionistischen Kräfte Weizmanns Rat: der Zustrom von Juden und ihr zahlenmäßiges Anwachsen in Palästina wollte zu ihrer Ausbreitung auch nach Transjordanien und zur Gründung jüdischer Siedlungen am Ostufer des Jordans führen. Diese Pläne blieben jedoch ohne Erfolg.

Selbstbewußt und zielstrebig verfolgte der Zionismus auch in Syrien und im Libanon seine Expansionsbestrebungen. Während die Gebietsforderungen in Syrien aus "Sicherheitsgründen", landwirtschaftlichen, bewässerungstechnischen und politischen Erwägungen erfolgten, ließ er sich im Libanon vor allen Dingen von der strategischen und militärischen Relevanz, der Lage der Quellen des Jordan und dem Verlauf des Lithani-Flusses bezüglich der Grenzen des jüdischen Palästina leiten.

Die zionistische Zeitschrift "Palästina" veröffentlichte einen Artikel über die Ebene von Houran: "Es gibt kaum ein Gebiet, das so geeignet ist, auf die Entwicklung eines neuen Palästina größeren Einfluß zu nehmen als die Ebene von Houran." (24)

In einem weiteren Artikel von Ben Zvi und Ben Gurion hieß es: "Palästina umfaßt das gesamte Gebiet der Negevüste, den Bezirk Nablus, die Gebiete Galiläa und Houran, das Gebiet von Al-Karak (einschließlich Muan und Akaba), einen Teil des Bezirkes Damaskus, das heißt die Kreise Al - Kuneitra sowie Wadi Angar und Hasbiya." (25)

Das schon erwähnte zionistische Memorandum an die Friedenskonferenz begründet die Forderung des Djabal-al-Sheikh für das neue Palästina: "Djabal-al-Sheikh ist der wahre Vater von Palästinas Gewässern; er kann nicht von Palästina getrennt werden, ohne dessen wirtschaftliches Leben zu gefährden." (26)

Die zionistischen Absichten, den Südlibanon Palästina zuzuordnen, sind alt. Dort liegen die Quellen des Jordan und des Lithani; außerdem wird diesem Gebiet, wie bereits gesagt, große Bedeutung in strategischer Hinsicht beigemessen. Die zionistische Zeitschrift "Palästina" äußert dazu: "Eine grundlegende Tatsache hinsichtlich der Grenzen Palästinas ist es, daß diese unbedingt die die Bewässerung und die Energieerzeugung garantierenden Gebiete einschließen müssen; dazu gehören der Lauf des Lithani, die Quellen des Jordan und die Höhen des Djabal-al-Sheikh." (27)

Die Schaffung des "jüdischen nationalen Fonds für die wirtschaftliche Kolonisation" war ein weiteres Mittel für die Verwirklichung des Planes der Umwandlung Palästinas in ein jüdisches Land. Dem Fonds war die Aufgabe zugedacht, den erforderlichen Grund und Boden in den erwähnten Gebieten zu erwerben, zu bebauen und zu besiedeln.

Ihr Programm zur Errichtung eines Groß-Palästina legten die Zionisten 1919 der Friedenskonferenz vor, wo sie alle ihre aggressiven und expansionistischen Absichten bezüglich der arabischen Gebiete offen zum Ausdruck brachten. Sie konnten sich daher auf die Zusammenarbeit mit dem britischen Kolonial-

reich stützen, da dieses ja bekanntlich die Mandatsherr -
schaft über Palästina zu erhalten trachtete. Die zionisti -
schen Kreise wollten mit seiner Hilfe die Balfour-Dekla -
ration verwirklichen und Groß-Israel errichten.

(Ende des I. Teiles)

Ein palästinensischer Student

Etwas originelles

für den freien Platz bitte

(C.)

Schlagzeile: RBK-Skandal

Ein Spitzel, der sich in die Reihen der RBKler eingeschmuggelt hatte, berichtete folgendes über die Finanzierung dieser Zeitung: Nach langwierigen Recherchen und Schnüffeleien sei er auf ein interessantes Indiz gestoßen: Prof. Orosel spendete kürzlich 100 (in Worten: einhundert) Schillinge unter dem Kennwort "Weihnachtsspende" an den RBK.

Die Mitarbeiter, -innen des RBK möchten, nachdem sie nun schon entlarvt sind, auf diesem Wege ihren innigsten Dank für dieses weihnachtliche Zuckerbroterl zum Ausdruck bringen, und hoffen, daß Orosel (im Eigeninteresse) die Peitsche nicht gleich nachfolgen läßt.

Auf demselben Wege möchten wir unseren generösen Spender Prof. Streissler darauf aufmerksam machen, daß seine Sonderspende für "Streissler-Titelstories" noch nicht eingetroffen ist. Vielleicht ist ihm noch nicht aufgefallen, daß wir ihm - wegen Überfüllung und anderer wichtiger Geschichten natürlich - in den letzten Nummern diesen Ehrenplatz nicht mehr einräumen konnten... (Wenn's direkter beliebt: Public relations ist nie umsonst...)

Nein ganz im Ernst: Anlässlich des dahinsiechenden 80er-Jahres haben wir (wieder mal) die miesliche Finanzlage dieser Zeitung erkennen müssen (für Ökonomen: unsere Liquidität nähert sich dem Nullpunkt und Eigenkapital ist sowieso keins da). Aus diesem erfreulichen Anlaß dürfen wir hiermit wieder einmal alle RBK-Leser, RBK-Hasser (was könnten die schon hassen, wenn's uns nicht mehr gäbe?), Studenten, Assistenten, Professoren, Beamte, Wissenschaftsminister und sonstige Radikalos zu einer massiven Spendenaktion zugunsten des allseits beliebten und (hoch oder gering) geschätzten Boulevard-, Wirtschafts-, Wissenschafts-, Hochschul-, Politik- und Skandalblattes "Der Rote Börsenkrach" aufrufen. (Kleinere Geldbeträge bis zu 1000 Schilling können an alle auf der Fakultät bekannten RBKler übergeben werden, zur Übergabe der diversen Schwarzen Köfferchen sollten wir uns vielleicht in einem Kaffeehaus treffen ...)

Korrigierende Ergänzung zur Seite 11:

Die Forderungen zur SOWI-Reform, die in der letzten Fakultäts-sitzung beschlossen wurden, werden demnächst als Presseaussendung an die Öffentlichkeit gelangen. Wir sind gespannt, wie die Presse diesmal reagiert....

HART, HÄRTER, HERTHA

Eine ältere Dame, in Adlmüller Kollektionskleid und einem Hofstaat von 7 unauffällig gekleideten, aber auch sonst sehr schweigsamen Herren, betrat das kleine, fast zur Gänze mit dem sprichwörtlichen "grünen Tisch & gefüllte Zimmer, in das wir uns schon eine Viertelstunde vorher gezwängt, und den spärlichen platz genoomen hatten.

Wir, das war eine Delegation von 10 Studenten, der ihre Exzellenz Hertha Firnberg nach "inständigen Bitten" (150 Studenten hielten zu diesem Zweck das Ministerium für Wissenschaft und Forschung dreieinhalb Stunden besetzt) Audienz gewährte.

Lächelnd, wie man es von Politikern sonst nur auf Plakaten oder Wahlkampfreisen kennt, schritt sie die Reihe ab und begrüßte uns händisch, versteht sich. Das war dann aber auch schon die einzige höfliche Geste, die mir während der 1-stündigen Verhandlung seitens der Ministerin auffiel. Wie uns ihr weiteres Verhalten bewies, muß man auch im gemütlichen Österreich eine beinharte Karrieristin um einen Ministerposten zu bekommen.

Klar ist mir allerdings noch immer nicht für wen die Situation nun unangenehm war, für uns oder für ihre Lakaien. Manchmal fühlte ich mich in die Monarchie zurückversetzt, wenn sie die Befehle an ihre Untergebenen verteilte, z. B. so: Schuster! bringens den Entwurf.

Etwas garstig für eine sozialistische Ministerin, net wahr? Dementsprechend schwierig war es dann auch mit Hertha über unsere Kritik am Gesetzesentwurf. Da ihr unsere Resolution zu allgemein war, sahen wir uns gezwungen die Ministerin darauf aufmerksam zu machen, daß wir schon im letzten Semester einen sehr konkreten Entwurf zur Novellierung und Verbesserung der SOWI Studien gemacht und, mit den Empfehlungen des Zentralausschusses, der Fakultätsvertretungen aller Sowi Faks Österreichs, des Hauptausschusses an der WG, der Fakultätssitzung und gesamt Stuko der Sowi Uni Wien, geschickt haben. Anscheinend war ihr dieser Entwurf zu lang, sie hat ihn nämlich noch nicht gelesen. Ihr gesamtes Verhalten wies darauf hin, daß die gute Frau alles a bisserl leger und von oben herab handhabt, wobei sie sich für die Inter-

essieren scheint. Diskussionsbeiträge ihrerseits waren eher Beleidigungen als Argumente.

Wir wiesen sie daraufhin, daß bei Beibehaltung der im Entwurf vorgesehenen Übergangsbestimmung ein Student im 2. Abschnitt 16 Stunden ^{spez.} BWL machen müßte, ohne aber über die allgemeine zu kennen. Firnberg meinte, daß die Studenten doch keine Analphabeten seien, sie also die ABWL ruhig nachlesen könnten (z.B. Wöhe mit 1500 Seiten). Wenn sie sich uns allerdings so anhört muß sie sich der Meinung der Rektorenkonferenz anschließen die ungefähr lautet, daß die Studenten eben immer dünner werden. Bei den Rektoren ist der Grund für diese Frotzelei eindeutig, sie wollen so von ihrer und der Professoren unfähigkeit ablenken, Hertha sind wahr - scheinlich nur die Argumente ausgegangen.

Wenig originelles fiel ihr auch zur Verteidigung der unstrittenen Ferrialpraxis ein, und das wenige was sie sagte erinnerte sehr stark an die Argumente des lieben Loitl, der ihr bekanntlich wöchentlich Besuche abstattet und ihr bei dieser Gelegenheit wohl seine Geistesblitze flüstert (Das hier der Blinde der Lahren geholfen hat, kann man bei so anerkannten Geistern wohl nicht behaupten.).

Keine Kompromißbereitschaft zeigte sie bei dem Punkt der Fremdsprachen, obwohl wir anboten, das die Fremdsprachen für HAWIS und Betriebswirte verpflichtend sein sollen nicht aber für die Studienrichtungen VW, Soziologie und Statistik. Wir merkten an das es nicht einzusehen wäre wofür man in den letztgenannten Studienrichtungen fremdsprachen bräuche, Worauf Hertha meinte es sei für jeden Menschen gut wäre, wenn er Fremdsprachen könne, gut wäre wohl noch vieles für Menschen aber notwendig.

Bestritten hat sie auch, daß diese Reform eine Verschulung des Studiums darstellt.

Höhepunkt des Gesprächs war sicherlich die Diskussion um die Erhöhung der Prüfungsanzahl, zu der sie meinte: "Wenn es keine Selektionsmechanismen vor der Uni gibt, dann muß man halt in Studium welche schaffen." Die Quote derer die ihr Studium vorzeitig aufgeben liegt schon jetzt bei 50%, mit diesen Maßnahmen allerdings wird sie rapide steigen, wie bereitet unserer Frau Minister keine Kopfzerbrechen, wie sie freimütig zugab.

Es stellte sich also heraus das man kaum bereit ist mit uns sachlich über die Reform zu diskutieren und es zeigte sich das die Reform natürlich kein Irrtum oder Fehler des Ministeriums ist. Sondern, daß sich in dieser Reform Interessen manifestieren und zwar einerseits die Einzelinteressen einiger Professoren, die alle gern hätten daß ihr Fach geprüft wird, damit Studenten in ihre Vorlesungen kommen die meist so schlecht sind, daß sonst die Hörsäle frei bleiben, andererseits aber die Bundeswirtschaftskammer die sich eben gerne strebsame, eingeschüchterte und gehorsame Arbeitskräfte für die Industrie heranzüchten läßt. Forciert wird diese Reform ja auch von der BWK, die bei ihrer Durchsetzung ihre Macht einsetzt. Macht die wir Studenten leider nicht haben, deshalb wir auch sehen wo wir bleiben. Allerdings haben wir am Mittwoch erlebt daß wir Chancen haben, wenn wir uns einig sind und Aktionen machen um unsere Interessen durchzusetzen. Denn immerhin konnten wir erreichen, daß zur Enquete am 16.12. bei der noch einmal mit "Experten" über das Gesetz verhandelt wird, nicht wie vom Ministerium ursprünglich vorgesehen, nur Einer, sondern, von jeder Studienrichtung ein Student eingeladen wird.

Da es bei dieser Reform nicht um Sachdiskussionen sondern um die Verhandlungsmacht geht müssen wir am Dienstag zeigen daß es nicht folgenlos bleiben wird, wenn unsere Vorschläge weiterhin so konsequent ignoriert werden.

Zeigen wir dem Ministerium und der B K daß es auch noch schlimmeres gibt, als friedliche Besetzungen, wir haben es im Guten versucht.

KOMMT ALLE am Dienstag den 16.12. um 13h in den HS 28 dort werden wir unser weiteres Vorgehen besprechen und am besten gleich geschlossen zur Enquete ins Ministerium gehen, die um 14h beginnt.

Amtsruhestörung

Ein Faktum:

"Dem Streik an der Wirtschaftsuniversität Wien, mit dem die Studenten am Mittwoch einen Großteil des Lehrbetriebes lahm legten, haben auch die Studenten der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ihre Solidarität bekundet: Rund 150 Studenten protestierten im Wissenschaftsministerium gegen den Gesetzesentwurf zu einer Neuordnung des sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiums. So ein von einem wenigstens 2-spaltigen Kommentar herausgenommenes Zitat der "Presse", das die Aktion der Studenten im Ministerium einigermaßen richtig wiedergibt.

Aber wie kommt es, fragt sich ein wenig informierter Mensch der Öffentlichkeit, daß in den Tageszeitungen Kurzmeldungen und Spalten über Probleme bzw. Tätigkeiten der Sowi-Studenten erscheinen (wo wir doch so verschrien sind). Was woll'n denn die Studenten schon wieder, "für deren Hochschulfunktionäre das Wort Studium ein Fremdwort sein soll" (so Kurier), was is'n schon wieder los?

Daß eine Reform des Sowi-Studiengesetzes ins Haus zu stützen droht, daß schon viele erfolglose Versuche, studentische Wünsche und Forderungen zu verankern untergegangen sind, dürfte (so hoffe ich) einen Großteil der Studenten bekannt sein. Was noch nicht allen bewußt sein wird, ist die Tatsache, daß die Betroffenheit der Studenten so weit geht, daß sie zu protestieren bereit sind, und zwar nicht nur einige wenige.

In Zuge des gesamtösterreichischen Protesttages der Sowi-Studenten war auch in HS 28 ein Aktionstag bzw. eine Hörerversammlung um 8h früh geplant. Trotz der ungewöhnlichen Zeit (für Nicht-Statistik-VO Besucher/die VO war übrigens kurz vorher von Bruckmann abgesagt worden - ob er sich wohl vor einer Abstimmung der Studenten gegen die Abhaltung der VO gescheut hat?) fand man einen vollen Hörsaal vor. Im Laufe der Darlegung des schon "historischen" Reformwerdegangs und mit den genaueren Ausführungen über den nun vorliegenden Gesetzesvorschlag, erreichte die Empörung unter den Studenten den Aktionsbereitschaftspegel, der soweit schlug, daß ein Besuch bzw. Amtsgespräch bei Hertha durchaus das naheliegendste war.

Einige unglückliche Zufälle, wie das Zuspätkommen der meisten Journalisten, oder die Unmöglichkeit des Photographieren auf Grund "technischer Mängel" im Ministeriumssinneren zu photographieren, bewirkten, daß schließlich eine Dele 10-köpfige Delegation der verschiedenen Studienrichtungen im Verhandlungszimmer ohne Journalisten Frau Firnberg und den graue Herren gegenüber saßen. Allerdings versperrten die Polizisten trotz vorheriger Zusage jeglichen Zugang von Journalisten und einem ständigen Botendienst zwischen Verhandelnden und den unten wartenden Studenten.

Während im Saal Forderungen und Kritikpunkte auf Sturheit stießen, entwickelten sich unter den Studenten rege Diskussionen um die Inhalte der Studienreform, deren Ablehnung, um die Vorgehensweise und weiteren Aktionsmöglichkeiten. Das Gefühl der Solidarität, der gemeinsamen Betroffenheit und des spontanen Aktionsgeistes war vorhanden, wir hatten auf jeden Fall etwas gewonnen: daß im Laufe der 5-jährigen Sozi-Reformentwicklung die Kritik der Studenten dem Bundesministerium direkt an den Kopf geworfen werden konnte.

Die sehr pflichtbewußten und rechtschaffenen Herren in Grau und Grün versuchten unter anderem uns einzureden, daß solche Aktionen doch in unserem Rechtsstaat nicht angebracht wären, wo es doch so viele Möglichkeiten der Mitbestimmung gäbe. Fragt sich nur, wie die Mitbestimmung aussieht: der Charakter, wie die AZ sie beschreibt - "Studentenvertreter haben bei gesetzlich vorgesehenen Enqueten die Gelegenheit, ihre Stellungnahmen abzugeben", das Übergehen der Forderungen der Betroffenen, sind Auslöser für Proteste. Die um ihre Arbeit gebrachten Staatsdiener meinten, daß "gewaltsame" Proteste keine "richtige" Art und Weise wären, vorzugehen, vor allen würden sie nichts erreichen. Ein Gegenbeispiel der Studenten: die heutige sozialdemokratische Staatsbürokratie würde wahrscheinlich nicht Bäume in Amtssesseln züchten, hätten vor einigen Jahrzehnten noch ihre Gesinnungsgenossen der Arbeiterbewegung durch nicht immer "legale" Aktionen für sozialistische Ideen mit mehr Begeisterung und Opfern gekämpft.

Schließlich hielt es die öffentliche Sicherheit sogar für Wert, einige Staatspolizisten zu schicken, jene dezenten Herren im Anzug und beige Mantel, die auf recht plumpe Weise der Staatswidrigkeit auf der Spur sind.

150 Studenten, in gelaunter Stimmung, sich nicht jegliche Frechheit gefallen zu lassen, in für Psychologen unerklärlich scheinender Übereinstimmung von Gedankenübertragung, trafen sich schließlich so gegen 10 h vor dem Wissenschaftsministerium; jedes Individuum spürte den immer stärker werdenden Drang, unbedingt der/die Erste beim Treff mit Hertha zu sein und in Konkurrenzangst um die beim Parteienverkehr begrenzten Plätze, drängten sie sich vorbei an verwundert aufspringenden Portier.

Na, ja, wie man's so nimmt, (die Krone schreibt vom "Sturm"), suchten verzweifelt im Amtsgewirr Verirrte das Zimmer mit der Aufschrift "Frau Bundesminister".

Der Schimmel wieherte, der Arbeitseifer unserer beflissenen im Dienst um die Republik Österreich stehenden Herren und Damen war gestört; wir waren in einem "ehrwürdigen" Haus. Einige Ministerialbeamte, unter ihnen der zuständige Sektionschef Schuster, waren gleich aufgeschreckt; sie meinten, uns mit dem Hinweis, die Frau Bundesminister sei nicht hier, wieder zum Verlassen bringen zu können. Doch es war ja recht warm im Gang, und wir hatten ein so starkes Verlangen auf eine "nette" Unterredung - das bedeutete - wir blieben.

Das hieß zugleich, daß Grünuniformierte auftauchten, um den Eingang für etwaige Nachzügler zu sperren. Gewalt im Inneren eines Ministeriums anzuwenden, das erschien Ministerialbeamten und der Polizei nicht recht, zumal lag es auch nicht in unserem Bestreben, ihnen Anlaß dazu zu geben. Frau Firnberg ortete man im Parlament, sie war zu einer Unterredung mit einer Delegation um 12h bereit, doch "ohne Druck" nur könne sie verhandeln, die alte Dame.

Eine Zielrichtung der Studenten jedoch mußte die Erreichung der Öffentlichkeit sein - einige Verhandlungen und das bloße Abziehen der Studenten wäre nicht an die Außenwelt gedungen und hätten das Ministerium nicht berührt. So lauteten auch unsere Forderungen: Entweder eine Pressekonferenz oder Verhandlungen mit Firnberg im Beisein von Journalisten und Pressephotographen - dann würden wir das Ministerium verlassen. Das Hinauszögern unserer Diskussionen, das Überlegungen der Forderungen des Ministeriums, das Auswählen einer Delegation, diese Taktik trug dazu bei, daß der "öffentlichen Gewalt" keine Möglichkeit geboten wurde, uns aus dem Ministerium zu drängen, bzw. die zugesagten Verhandlungen abzusagen.

Ein wenig Vorsicht im Gespräch mit ihnen sei dann geboten, wenn sie sich in höchst freundlicher Weise nach Gründen, Ursachen und Auslösern von Aktionen, nach Personen etc. erkundigen - doch ein "kleinwenig inneres Lächeln" kann man sich beim diesmaligen Auftreten und Vorgehen nicht unterdrücken.

Nach Ende der eher unerfreulichen ausgegangenen Verhandlung wurden die Ergebnisse, bzw. die weiteren Schritte in der Universität besprochen.

Zu einer allgemeinen Einschätzung des Protestes im Ministerium ist zu sagen: es war eine eindrucksvolle und entschlossene Art der Studenten, ihrer Empörung über das Hinweggehen über ihre Köpfe Ausdruck zu verleihen;

es zeigt, daß viele Studenten (vor allem der ersten Semester und des ersten Abschnittes) bereit sind, an Aktionen für ihre Rechte und für ihr Studium mitzumachen;

die Isolation unter den Studenten kann aufgebrochen werden, sie werden sich klar, daß sie alle gemeinsam von dieser Brüssatti-Bundeswirtschaftskammer-Ministeriums-Reform getroffen werden und daher nur solidarisch, in möglichst großer Anzahl darauf reagieren können;

die Berichterstattung in den Zeitungen war zum Teil ziemlich verfälscht, doch kann man als Erfolg die recht objektiven Berichterstattungen im ORF in den Nachrichten verbuchen.

- Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verfielfältiger, Verleger,
und für den Inhalt verantwortlich: Christine Goldberg,
Spittelbreitengasse 21/30, 1120 Wien.

Hoch die mutige Professorenschaft,
die einiges zu verlieren hat!!!

---o---o---o---o---o---o---o---

Nach dem Motto: Etwas zu verlieren oder nichts, außer "Ketten"
das ist hier die Frage

Eine SOWI - Reform steht uns ins Haus!

Als die Studenten nach eingehender Betrachtung feststellen mußten,
daß der ministerielle Reformvorschlag gespickt ist von Schwachsinn--
(von Prüfungsverschärfungen über Technokratenschulung bis zu organisatorisch Unmöglichem)

und als diese feststellten, daß die legalen und gremialen Einfluß-
möglichkeiten kleiner als befürchtet waren (nämlich 0),

gab es nicht viel hin und her, ob vielleicht...oder wie, wenn und aber

es war klar, daß sie versuchen mußten, durch spektakulärere Aktionen
darauf aufmerksam zu machen, daß über ihre, der Betroffenen Köpfe
hinweg, gepuscht wurde;

es war klar, daß erst öffentlichkeitswirksamere Vorgehensweisen
ihre Interessen so sichtbar machen würden, daß die Herr- und Damen
schaften dort oben sie nicht mehr so leicht übergehen konnten!

Sie "streikten" (sabotieren nennt man das bei ihnen, weil sie keine
Arbeitskräfte sind), machten einen Aktionstag, Hörerversammlungen
und marschierten schließlich geschlossen ins Ministerium, um dort
eine Unterredung mit den erlauchten Kreisen zu erzwingen!

Sie riskierten nur, daß man versuchen würde, sie lächerlich zu
machen, um seine eigene Lächerlichkeit nicht zu sehen; zwar ernst-
genommen, weil sie sich nicht einschüchtern ließen und weil sie
viele waren, aber als dumm, zu jung und unerfahren abqualifiziert.

Was prompt auch passierte! Daß auch die Presse in ähnlichem Tenor
über sie und ihre Interessen herziehen würde, war eine weitere Er-
nüchterung und doch eigentlich klar. -

Trotz alledem gehen ihre Aktionen weiter...sie hatten nichts zu
verlieren außer einem mißten SOWI - Gesetz und ihrer Ohnmacht...

Ganz anders bei anderen von der SOWI-Reform Betroffenen -
den Professoren....

Exemplarisch für unsere "Fortschrittlicheren" - Orosel.

Am Donnerstag berichteten die Studenten u.a. in der Mikroökonomie-
vorlesung von Orosel über die Vorgänge am Mittwoch im Ministerium
und forderten Orosel zu einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf auf.
Bereitwillig (-selbstverständlich, gerne..bin ich bereit - das ist
das Fortschrittliche an den Fortschrittlicheren!) nahm er Punkt für
Punkt Stellung zum Entwurf.

Den Studenten blieb der Mund offen und die Ohren spitzten sich, als
sie da vernahmen, wie ähnlich Orosels Stellungnahme doch ihren Kritik-
punktem war - das Studium solle keine berufsbezogene Ausbildung sein,
daher sei eine zwingende Feriapraxis abzulehnen, in den Beruf könne
man nach dem Studium eingeschult werden, die Fremdsprachen sollen
auch nicht zwingend sein, sei ja nicht notwendig, und die Übergangs-
bestimmung würde zu Chaos führen und sei nicht machbar!
Man höre und staune!?!

Darüber informiert, daß Firnbergbuns bei allen diesen Kritikpunkten
belächelt, als Analphabeten und unreif abqualifiziert hatte,

und gefragt, was denn er (als Betroffener, wie er sagte) bzgl.
dieser verrückten Sowi-Reform getan hätte und zu tun gedenke,

verpuffte plötzlich das Bild vom fortschrittlichen, kritischen
Professor.

Ja, er hätte doch in der Fakultät den Forderungskatalog mit-
beschlossen...

Darauf hingewiesen, daß die gute Hertha den nicht einmal gelesen
habe

Ja, nein sowas?! Das hätte er nicht erwartet....

Darauf aufmerksam gemacht, daß das doch üblich sei, daß eben nur
bestimmte Leute Einfluß hätten und doch in unserer Demokratie nicht
Argumente, sondern Macht zählt - schaute er nur hilflos wie ein
Kind im Glaskasten.....

Was tun?

Wir machten Vorschläge :

die Professoren sollten auch an die Öffentlichkeit treten, das sei die einzige Chance; sie würde man wahrscheinlich nicht so leicht als unqualifiziert und unerfahren beschimpfen...

- 0.: 1. das liege ihm nicht
2. über Gremien und höhere Sphären ginge das doch auch
3. er wisse nicht, wie die Professoren an die Öffentlichkeit treten sollten

- zu 1. konnten die Studenten ihm nicht sehr - außer mit Muttergefühlen - helfen
zu 2. wiederholten sie, daß Firnberg keine "unpassenden" Stellungnahmen, die nicht auch in der Öffentlichkeit breitgetreten seien, auch nur im geringsten ernstnehmen würde
zu 3. a) die Professoren könnten z.B. eine Podiumsdiskussion veranstalten oder eine Pressekonferenz oder wenigstens eine Presseaussendung
3.b) die Studenten würden ihre Erfahrungen bei der Organisation hilfreich zur Verfügung stellen

Da kam ihm der rettende Gedanke in dieser bedrängenden Situation: nein, mit allen Kritikpunkten der Studenten stimme er natürlich nicht überein, z. B. mit den Prüfungsverschärfungen. Prüfungen seien zwar nicht das non plus ultra fortschrittlicher Didaktik (wie gut er die Studentenforderungen schon zu integrieren gelernt hatte - das macht ihn eben zu einem Fortschrittlicheren!), aber.. doch..und überhaupt und außerdem...

Der Rest war dann bekannt aus seiner eigenen Praxis als Seminarleiter. In seinen Seminaren bleiben vor lauter Streß viele, zu viele, auf der Strecke, sei es daß sie gar nicht mehr hingehen, weil sie sich in so einer Prüfungsatmosphäre nicht referieren getrauen, sei es, daß sie referieren und "nur" fertiggemacht werden...

Als die Studenten diese seine Ausweichstrategie als solche erkannten lenkten sie wieder zurück zum eigentlichen Thema, wieso denn die Professoren nicht aktiver ("militanter" wäre ihnen fast herausge-

rutscht) gegen die Punkte, die sie an der Reform störten, zur Wehr setzten?!?

An diesem peinlichen Punkt festgenagelt, versprach Orosel, die anderen Professoren zu kontaktieren....

(Am nächsten Tag erreichte auch schon folgende Nachricht die Studenten: er hätte Winckler kontaktiert und sie hätten als gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit beschlossen - man höre wieder und staune nicht mehr -, KEINE presseaussendung zu machen, sondern wieder eine Studienkommissionssitzung!)

Was hatten sie denn erwartet, die Studenten, die sind ja wirklich unerfahren ??? Daß Orosel gleich wutentbrannt über seine eigene Machtlosigkeit gegenüber dem Ministerium einen Protestmarsch und Hungerstreik unserer Professoren organisieren werde?!?!?

Sie hätten doch wissen können, daß diese Professoren eher scheinheilig als Engagiert sindsonst hätten sie doch schon längst...

P.PS. Orosel äußerte zur Begründung seiner Gelähmtheit Bedenken dagegen, den Streik Ministerium - Hochschule zu forcieren (?da er sich nicht in der Kerbe der zwar militanten, aber reaktionären Professoren/Rektorenschaft, die gegen das rote Ministerial-Pack wettete (siehe RBK Nr. 6/Nov. 80), schlagen wolle. (Zu Zeiten als das UOG zur Diskussion stand, gingen selbige sogar auf die Straße!!)

Ausgehend von der Tatsache, daß sich Firnberg selbst schon auf diese Seite geschlagen hat (siehe Artikel über Firnbergunterredung), zieht dieses Argument wohl nicht mehr!!!

Außerdem: Wie wär's mit - Firnberg und Rektoren LINKS überholen?!?
UND ÜBRIGENS: UNS VERDÄCHTIGT JA AUCH KEINER?, DASS WIR DAS MINISTERIUM VON RECHTS KRITISIEREN!!!

WIE DIE ALTEN BRUMMEN, SO ZWITSCHERN DIE JUNGEN

Unsere lieben Profs sind in ihrer Hilflosigkeit schlauer als zu erwarten war. Seit einiger Zeit führt ein Teil unserer Profs (Van der Bellen, Orosel, Loitlsberger) in ihren LVs ihre Schützlinge mit (ihre Assistenten). Angesichts dessen fragt sich, wer da wohl wen wovor schützen soll!?!

Loitl versucht z.B. durch abgehobenen und hochgestochene Zwiegespräche mit seinen Assistenten unangenehmen Wortmeldungen von Seiten der Studenten aus dem Weg zu gehen und durch die Demonstration seiner Macht über "seine" Assistenten auch den Studenten zu suggerieren, daß er der Herr im Hause sei.

Orosel braucht seine Schützlinge eher als Schutzschilder und Van der Bellen braucht sie (bzw. den einen) als Vermittler. Achtung! Achtung! Verfeinerte Hierarchien sind auch Hierarchien, sogar gefährlichere, weil die Unterschiede durch die Zwischen- sprosse verkleinert scheinen. (Dies gilt übrigens auch für die Tutorials; Anm. die sich der Tipper nicht verkneifen konnte.)

Da sie aber schon einmal da sind, die Schützlinge, sollten wir sie auch darauf verweisen, wozu sie da sind: Als Auskunftspersonen - falls sie dazu fähig sind; aber sie müssen ja nicht - oder für sonstige Hilfeleistungen, statt Leib- oder Geistes- angebrachter, wenn die Assistenten, in viel größerem Ausmaß ihrer Vorgesetzten zu spielen, in viel größerem Ausmaß für Sprechstunden zur Verfügung ständen.

LOITLS SENDUNG

Wieder einmal in höchste Rage gebracht, gestand unser guter alter Loitl endlich, wieso er sich zum Berufe des Professors auserkoren fühle und diesem Sendungsbefehl folge.

Er wurde Professor, um zu verhindern, daß an seiner Stelle ein anderer Professor würde (wer hätte das gedacht!), der der linken Unterwanderung der Unis nichts entgegenzusetzen wisse.

Aber er, Kenner und Widersacher des Marxismus, er, der beweisen könne, daß der Marxismus falsch sei, ja falsch er hätte es als seine Sendung verstanden, die rote Infiltration zu verhindern.